



## Viola von Cramon

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Europa- und im Sportausschuss,  
stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen  
Ausschuss

Viola von Cramon • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1**  
11011 Berlin

Bürgerinitiative „Mensch und Milan“  
c/o Dr. Petra Bludau-Mysegades  
Schneiderweg 17  
37181 Gladebeck

**Unter den Linden 50**  
**Raum 3.067**  
Telefon: 030 227 72280  
Fax: 030 227 76280  
E-Mail: viola.voncramon@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Breite Straße 54  
37154 Northeim  
Telefon: 05551 5898558  
E-Mail: viola.voncramon@wk.bundestag.de

Berlin, 18. September 2013

Sehr geehrte Dr. Bludau-Mysegades,

vielen Dank für die Fragen zur Thematik Höchstspannungsleitung Wuhle/Mecklar.  
Anbei meine Antworten dazu:

1. Was werden Sie/Ihre Partei tun, damit sichergestellt ist, dass bei zunehmend dezentralen Strukturen, nur die wirklich nötigen Netze gebaut werden?

Beim Netzausbau gilt für uns Grüne immer das NOVA-Prinzip: Netzoptimierung vor Verstärkung vor Ausbau. Darum wollen wir den tatsächlichen Ausbaubedarf unabhängig prüfen lassen, damit wirklich nur die absolut nötigen Projekte umgesetzt werden und zunächst nach Verbesserungsmöglichkeiten für bestehende Netze gesucht wird.

In jedem Fall sind Investitionen in den Netzausbau auch bei einem dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig. Die Potentiale für erneuerbare Energien sind in Deutschland sehr unterschiedlich: Windkraft ist beispielsweise im Norden besonders effizient, während Photovoltaik eher für den Süden geeignet ist. Bestehende (Pump-)speicher für überschüssige Energie gibt es vor allem im Alpenraum, perspektivisch werden außerdem die Potentiale in Skandinavien für Deutschland erschlossen. All diese weit auseinander liegenden Energieproduzenten und Speicher müssen vernetzt werden und es wird leider noch einige Jahre dauern, bis Energiespeicher großflächig eingeführt worden sind und bis dahin sind die meisten Menschen auf ihren Netzanschluss angewiesen. Für die Markteinführung von Speichertechnologien hat die Regierung bisher sehr wenig getan. Zwar gab es in der Vergangenheit Forschungsgelder für Großkonzerne, was wir aber brauchen ist eine gerechtere steuerliche Behandlung oder einem angemessenen Bonus für den Markteintritt.



2. Was werden Sie/Ihre Partei tun, damit betroffene Bürger bei der Entscheidung über neue Trassenkorridore bereits zu Beginn mit Stimmrecht einbezogen werden?

Netzausbau so viel wie nötig, aber nur mit voller Partizipation und Transparenz, das ist unser Motto. Um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Anfang an einzubeziehen haben wir ein neuartiges dreistufiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte entworfen. In allen drei Stufen sollen Bürgerinnen und Bürger, die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen: In Stufe eins geht es darum, festzustellen, ob es für ein angedachtes Projekt überhaupt einen Bedarf gibt. Unsere Definition von Bedarf bezieht dabei auch die Frage sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit sowie Klimaverträglichkeit mit ein. In Stufe zwei geht es weiter mit der Frage wie ein Vorhaben umgesetzt werden soll. Die dritte Stufe umfasst dann die Detailplanung, die aufgrund der schon in den ersten beiden Stufen gefällten Entscheidungen im Vergleich zum heutigen Planfeststellungsverfahren zeitlich deutlich gestrafft ist.

Über all diese Planungsstufen hinweg soll ein zentrales Infoportal im Internet den Verlauf des Projekts dokumentieren und BürgerInnen die verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung aufgezeigen. Für Menschen, die das Internet nicht nutzen können oder wollen, muss es entsprechende alternative Informationsmöglichkeiten geben. Die Bürgerbeteiligung wollen wir außerdem durch direkte Demokratie ergänzen, und zwar mit Volksabstimmungen bevor der Bau beginnt, also schon darüber, ob ein Projekt überhaupt realisiert wird und wie es ggf. ausgestaltet werden soll.

Zudem wollen wir zeitnah prüfen, wie finanzielle Anlagemöglichkeiten für BürgerInnen bei Netzausbauprojekten ausgestaltet werden können. Damit sollen – insbesondere AnwohnerInnen in unmittelbarer Nähe der Netzausbauprojekte – angemessen und in attraktiver Höhe beteiligt werden können.

3. Was werden Sie/Ihre Partei tun, um dort, wo von den Bürgern gewünscht, Gleichstromkabel zu realisieren?

Leider ist es technisch und wirtschaftlich nicht in allen Fällen möglich dem Wunsch nach Gleichstromkabeln nachzukommen. Derzeit funktioniert noch das gesamte deutsche Stromnetz mit Wechselstrom. Erst das jüngst verabschiedete Bundesbedarfsplangesetz sieht drei Gleichstromleitungen in Deutschland vor. Der Einsatz dieser HGÜ-Technologie wird allerdings nur zum Transport großer Strommengen favorisiert. Der Vorteil dieser Technologie ist, dass die Transportverluste geringer ausfallen, als bei den Wechselstromleitungen. Allerdings geht ihr Einsatz mit einem hohen Investitionsbedarf für Infrastruktureinrichtungen einher, zum Beispiel großen Konverterstationen, welche den Strom von Wechselstrom auf Gleichstrom und andersherum konvertieren. Aus diesen Gründen ist der Einsatz der HGÜ-Technik (bisher) nur über Transportdistanzen von 400



Viola von Cramon  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Europa- und im Sportausschuss

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 28.06.2012

---

Kilometern und mehr technisch und wirtschaftlich sinnvoll. Darum können auch wir Grüne nur in solchen Fällen Gleichstromkabel befürworten.

Mit freundlichen Grüßen,

*Viola von Cramon*

Viola von Cramon